

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

31 (23.4.1947)



# WINSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 31

L F S W

Mittwoch, 23. April 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

## Sozialistische Einheitsfront gegen den Verfassungsentwurf

Am 18. Mai gibt es nur eine Antwort: ein neuer Landtag muß eine neue Verfassung ausarbeiten!

Freiburg. In der Sitzung am Montag befaßte sich die Beratende Landesversammlung mit der zweiten und letzten Lesung des Verfassungsentwurfs. Der Entwurf wurde in seiner Gesamtheit mit den Stimmen der bürgerlichen Partei (CSV und Demokraten) gegen die Stimmen der Vertreter der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei angenommen.

Die Kommunistische Partei gab folgende Erklärung ab:

Die Verhandlungen und Abstimmungen bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs haben keine wesentlichen Veränderungen der Auffassung der Mehrheit der Beratenden Landesversammlung ergeben.

Die Kommunistische Fraktion wiederholt deshalb, daß sie aus den bei der ersten Lesung angeführten Gründen den vorliegenden Verfassungsentwurf ablehnt.

Eckert, Büche, Seifried, Treffeisen

Die letzte Lesung brachte einige Änderungen und Überraschungen. Die CSV, die kurz zuvor einstimmig für die Aufrechterhaltung des Standards gestimmt hatte, hat nun, um aus ihrer Isolierung herauszukommen und die bürgerliche Einheit wieder herzustellen, den von ihr eingebrachten und hartnäckig verteidigten Artikel 25a über den Ständerat selbst zu Fall gebracht. Die CSV hatte gerade den Ständerat als einen wesentlichen Bestandteil der Verfassung gefordert und seine Notwendigkeit mit einem großen Aufwand dialektischer und juristischer Beweisführung zu begründen versucht und auch daran gegenüber den Einwänden aller übrigen Parteien festgehalten. Sachliche Gründe für ihre hier plötzlich ins genaue Gegenteil umgewandelte Stellung bei der zweiten Lesung hat sie keine vorbringen können. Die CSV muß nun darauf verzichten, zur Unterstützung ihrer Stellung im Landtag und in der Regierung noch eine Kontrollkommission in Reserve zu halten, die in ihrer Zusammensetzung den reaktionären Flügel in ihrer Partei hätte verstärken sollen.

Die gleiche Absicht, aus der Isolierung herauszukommen, hat die CSV bewogen, eine redaktionelle Änderung des Schulartikels vorzunehmen, um die Demokraten zu gewinnen. Diese besteht darin, daß an Stelle der „christlichen Gemeinschaftsschule“ eine „Simultanschule mit christlichem Charakter in überlieferter badischer Sinn“ gesetzt wurde. Die Demokraten haben dadurch den früher von ihnen hartnäckig verteidigten Standpunkt aufgegeben, daß alle Kinder, unabhängig von dem religiösen Bekenntnis der Eltern, ohne Gewissenszwang die badischen Staatsschulen besuchen können.

Die durch die Initiative der Kommunisten ausgelöste Protestbewegung gegen den Antrag der CSV, den Artikel 69a zu streichen, der sich gegen die Militärpflicht aussprach, zwang nun gerade die CSV, durch Stimmhaltung von 16 dazu bestimmten Mitgliedern die Wiederaufnahme des Artikels zu ermöglichen.

Abg. Vortisch (DP) brachte den Antrag ein, durch verfassungsrechtliche Regelung zu verhindern, daß die Kirche zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werde. Abg. Eckert (KP) wies mit besonderer Ironie darauf hin, daß er die Zuversicht und den Glauben der Demokratischen Partei an „Wunder“ bewundere, die diesen Antrag noch einmal eingebracht habe, obwohl bei der ersten Lesung die entsprechenden Anträge der Kommunisten (wie sie in ihrem eigenen Verfassungsentwurf enthalten waren) mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden seien. Es zeigte sich denn auch bei der Abstimmung, daß die Hoffnungen der Demokratischen Partei bei ihren neu gewonnenen Koalitionspartnern in diesem Punkt auf Verständnis zu stoßen, trügerisch waren. Selbstverständlich wurde auch dieser Antrag mit der Mehrheit der CSV-Stimmen zu Fall gebracht, die dabei wohl demonstrieren wollten, daß ihrer Ansicht nach die Kirche und deren seelsorgerischer Einfluß zu parteipolitischen Zwecken „mißbraucht“ würde oder werden solle.

Ein Herz und eine Seele waren selbstverständlich die Christlichsozialen und Demokraten, als es um die Aufrechterhaltung des Artikels über die zukünftige Struktur des Wirtschaftslebens ging. Allzu gern hätte es die CSV gesehen, wenn sie hier durch redaktionelle Änderungen auch die Sozialdemokraten hätte gewinnen und veranlassen können, dem Verfassungsentwurf zuzustimmen. Die Kommunistische Partei erklärte durch Abg. Eckert, daß sie CSV in diesem Stück wenigstens grundsatzfest geblieben wäre, da offenbar auch weiterhin das Recht der Unternehmer bestehen bleiben müsse, aus der

### Abstimmung endgültig am 18. Mai

Baden-Baden. Die Abstimmung über die Verfassungen der Länder der französischen Zone ist endgültig auf den 18. Mai angesetzt worden. Die gleichzeitig gewählten Landtage werden im Falle der Ablehnung einer Landesverfassung innerhalb von sechs Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten haben.

furchtbaren Not unseres Volkes Kapital zu schlagen und Gewinne einzuheimsen. Zur Klärung der Situation ist es zu begrüßen, daß sich in dieser Frage die beiden Arbeiterparteien im Interesse des arbeitenden Volkes, das einen neuen Weg zur Überwindung seiner Not verlangt, zusammengefunden haben.

### Zwei Lager

W. G. Die Beratungen der südbadischen Landesversammlung haben zu dem Ergebnis geführt, daß nunmehr ganz klar die Lager abgegrenzt sind. Die CSV hat in einigen kleineren Punkten redaktionelle Änderungen vorgenommen und den Ständerat geopfert und sich so das Wohlwollen der Demokratischen Partei gesichert. Dabei war der Ständerat ja selbst im Sinne der CSV ein überflüssiger Kropf, da nach wie vor dem Staatsgerichtshof die Macht bleiben soll, unliebsame von der Volksvertretung beschlossene Gesetze für nichtig zu erklären. In der Abwehr der Forderungen des werktätigen Volkes haben sich die beiden bürgerlichen Parteien gefunden.

Auf der anderen Seite stehen die beiden Arbeiterparteien. Die CSV hatte große Hoffnungen auf die Spaltung der Arbeiterklasse gesetzt. Sie war bis zuletzt der Meinung, die SP würde sich im Zeichen eines antikommunistischen Kampfes dazu hergeben, gegen kleine, in bloßen Worten bestehende Zugeständnisse auf die wesentlichen sozialistischen Forderungen unserer Zeit zu verzichten: auf die planmäßige Lenkung der Volkswirtschaft zur Förderung des Volkswohls, auf eine entschiedene Bodenreform, die den Kleinbauern, Pächtern und Flüchtlingen wirklich etwas in die Hand gibt, auf die Untermauerung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben. Wir haben sehr wohl vermerkt, wie die „Süvözet“ das Gespenst der „von Osten und Norden anbrandenden Kollektivierungswelle“ an die Wand malte. Das Blatt der CSV wird jetzt einsehen müssen, daß man mit derartigen Popanz heute keinen Sozialisten mehr zum Verzicht auf die demokratischen Forderungen des Volkes bewegen kann.

Wir begrüßen die Schaffung klarer Fronten, die die CSV durch allerhand Manöver zu hintertreiben suchte. Dabei haben wir uns sagen lassen, daß in dem nach außen so fest gefügt erschei-

nenden Gebäude der CSV selbst über das Vorgehen der Landtagsfraktion keineswegs eitel Freude herrschte. Im Gegenteil: Am vergangenen Wochenende soll es anlässlich des Hals über Kopf nach Freiburg einberufenen Parteitages zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen sein. Dies würde uns auch nicht Wunder nehmen. Der reaktionäre Kurs der Parteiführung dürfte zum Beispiel in den Reihen der ehemaligen christlichen Gewerkschafter erheblich verankert haben, erinnern wir uns doch mehrfacher Gewerkschaftstagen, an denen auch diese Kollegen vernehmlich die entschuldigungslose Entmachtung der großen Industrie und eine sozialistische Wirtschaftsplanung forderten. Ihnen dürfte nachgerade zum Bewußtsein kommen, daß sie im Lager einer reaktionären Partei nichts verloren haben. Wir wissen, daß mit ihnen ein großer Prozentsatz der CSV-Wähler vom vergangenen Herbst dieser Partei ihre Stimme deshalb gaben, weil die Christlich-Soziale Partei eine Abkehr von der ehemaligen Zentrumspolitik zugesagt hatte. Dieses Vertrauen breiter Massen ist auf das Schmachlichste enttäuscht worden. Nach der Wahl hat die CSV im Gegenteil ihre Aufgabe darin gesehen, jede fortschrittliche Maßnahme zu hintertreiben und es ist kein Zufall, daß sich die „Süvözet“ heute bereits wieder auf die Tradition des Zentrums unseligen Angedenkens, der Kapitalisten vor Hitlers Ermächtigungsgesetz beruft.

Wir Sozialisten, gleichgültig welcher Partei, die wir im anderen Lager stehen, erblicken in dieser Scheidung der zwei Lager nur einen Vorteil. Wir setzen konsequent unseren Kampf für die Verwirklichung der Rechte des Volkes fort. Wir arbeiten nicht für die Interessen einer kapitalistischen und feudalen Minderheit. Das Volk aber, das bei der Verewigung der gegenwärtigen Lage nur die letzte Hoffnung verlieren, jedoch nichts gewinnen kann, wird aus der Haltung der heutigen Mehrheitspartei, die sein Vertrauen derart mißbraucht hat, die Lehre ziehen und sich für das Lager des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus in immer wachsender Zahl entscheiden. Und darin allein kann die Gesundung unserer Heimat sich gründen: in die überlegte, aller demagogischen Phrase abholde tätige Teilnahme des Volkes an dem Aufbau der neuen Demokratie.

## Landtagswahlen der britischen Zone

Verluste der CDU - Anwachsen der KPD

Hamburg. Nach den nichtamtlichen Endergebnissen der am Sonntag in der britischen Besatzungszone durchgeführten Landtagswahlen hat die CDU in allen drei Ländern gegenüber den Kreiswahlen im Oktober vergangenen Jahres einen Stimmenverlust erlitten. Am stärksten trat, wie „Südena“ meldet, dieser Stimmenverlust im Lande Rheinland-Westfalen in Erscheinung, wo die CDU gegenüber den Kreiswahlen 8,5 Prozent Stimmen weniger erhielt und damit circa 19 Prozent ihrer Wählerstimmen einbüßte. In Niedersachsen sank der Anteil der CDU-Stimmen um 8,2 Prozent und hier verlor die CDU nahezu 30 Prozent ihrer Wählerstimmen. Die KPD erzielte ein bedeutendes Anwachsen ihrer Stimmen in Nordrhein-Westfalen, wo sie ihren Prozentsatz an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen von 9,4 auf 14 Prozent steigerte. In Niedersachsen konnte die KPD einen geringen Stimmenzuwachs verzeichnen, der sich auf knapp ein Prozent beläuft, während sich in Schleswig-Holstein ihr Stimmenanteil von 5,11 auf 4,87 Prozent verminderte und damit unter die Grenze von fünf Prozent sank, die zur Erzielung eines Mandates verfassungsmäßig vorgeschrieben ist.

### Nur 66% Wahlbeteiligung

Hamburg. Bei den Landtagswahlen in der britischen Zone betrug die Wahlbeteiligung 66,7 Prozent. 9 929 309 Personen machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch, 419 987 Stimmen waren ungültig. Mit 3 131 127 Stimmen wurde die SPD nach dem vorläufigen Endergebnis stärkste Partei. Dann folgt die CDU mit 2 747 987 Stimmen. Die KPD errang 891 026 Stimmen, die FDP 568 869 Stimmen, die NLP 417 641 Stimmen, die SSV 80 684 Stimmen. Auf die Deutsche Rechtspartei entfielen 64 411 Stimmen. Auf die RVP 13 277 Stimmen. Unabhängige erhielten 487 Stimmen.

### Die einzelnen Landtage

Hamburg (Südena). Die bisher bekannt gegebene Verteilung der Abgeordnetensitze in den einzelnen Landtagen zeigt, daß in Rheinland-Westfalen die CDU mit 91 Sitzen die stärkste Partei vor der SPD mit 64 Sitzen ist. Die KPD erhielt 28 Sitze, während das Zentrum 20 und auf die FDP 12 Sitze entfielen.

Im Lande Niedersachsen stellt die SPD mit 66 Mandaten die meisten Abgeordneten für den Landtag, ohne jedoch bei insgesamt 149 Abgeordnetensitzen die absolute Majorität zu besitzen. Die CDU konnte 31 und die NLP 25 Abgeordnetensitze erzielen, und zwar dank ihres

Wahlbündnisses. Die FDP erhielt 13, die KPD 8 und das Zentrum 6 Sitze.

Im neuen schleswig-holsteinischen Landtag besitzt die SPD mit 43 von insgesamt 69 Abgeordneten die absolute Majorität. Auf der SPD sind in diesem Landtag nur die CDU mit 22 und die Südschleswiger Vereinigung mit 4 Abgeordneten vertreten.

### Länderregierungen zurückgetreten

Düsseldorf (Südena). Die Länderregierungen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind am Vorabend der Landtagswahlen zurückgetreten. Die Ministerpräsidenten bleiben im Amt, um die Erledigung der laufenden Geschäfte zu gewährleisten. Nach der Wahl ihrer Vorsitzenden wird die erste Aufgabe der neuen Landtage darin bestehen, die neuen Minister zu ernennen, die ja auch gleichzeitig Abgeordnete sein müssen.

## Für Demokratie und Sozialismus

Mai-Aufruf des Badischen Gewerkschaftsbundes

Der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes erläßt folgenden Aufruf:

Schaffende in Stadt und Land! Zum zweiten Male nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ begehren wir den 1. Mai als Feiertag der Arbeit, den Tag, an dem Millionen der ganzen Welt demonstrieren für die Einheit aller Schaffenden, für Freiheit und Menschlichkeit, für Sozialismus und Demokratie, für Völkerverständigung und Weltfrieden; den Tag, an dem Millionen der ganzen Welt kämpfen gegen Diktatur und Reaktion, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Faschismus, Militarismus und Krieg. Freudig schlagen unsere Herzen, weil wir diesen Tag feiern können in unserem Sinne, mit unseren Lösungen, frei von jeder Bevormundung. Keine falschen Parolen von Blut und Boden, von der Vorherrschaft der Herrenrasse sollen die Gehirne vernebeln. Nicht mehr wollen wir schaffend für die Herstellung von Kriegswaffen und Kriegsmaterial.

Deshalb fordern wir: Volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften zur Erreichung einer planvollen Lenkung der Wirtschaft.

Sicherung der Ernährung durch rationelle Bewirtschaftung des Bodens. Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und gerechte Erfassung und Verteilung der erzeugten landwirtschaftlichen Produkte.

## Sozialistische Einheit

Die Parteikongresse der KPD in Württemberg (Stuttgart), Baden (Mannheim) und Hessen (Offenbach) beschlossen die Verschmelzung der Kommunistischen Partei in den Ländern Württemberg, Baden und Hessen mit der SED. Die Bezirksleitungen wurden mit der Durchführung der Vereinigung beauftragt.

## Neuer Bundesvorstand des FDGB

Berlin (Südena). Der neue Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Zone, der sich aus 65 Mitgliedern zusammensetzt, wurde während des zweiten Kongresses des FDGB in Berlin gewählt. Mit je 969 Stimmen stehen die bisherige Leiterin des Frauensekretariats, Friedel Malter, der bisherige Hauptkassier des FDGB in der sowjetischen Zone, August Reitz, und der zweite Vorsitzende des FDGB Groß-Berlin, Hermann Schlimme, an der Spitze. Der bisherige 1. Bundesvorsitzende Hans Jendretzyk erhielt 901 Stimmen, der 2. Vorsitzende Bernhard Göring 902 und der 3. Vorsitzende Ernst Lemmer 880 Stimmen.

## Gewerkschaften zur Verfassung

Auf der Generalversammlung des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften wurde die Verfassungsfrage besprochen, welche für den Arbeiter von größter Bedeutung ist. Nach Ansicht der Gewerkschafter entspricht der vorliegende abgeänderte Entwurf in keiner Weise den Erfordernissen der Zeit. Ein Antrag der Gewerkschaft der Bauarbeiter, die Verfassungsfragen in einer öffentlichen Versammlung zu behandeln, fand einstimmige Annahme.

## Kein Länderrat der Zone

Baden-Baden. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, entbehren sämtliche Meldungen über die Errichtung eines Länderrates für die französische Zone in Baden-Baden jeglicher Grundlage.

## Mit der Parteikasse verschwunden

Braunschweig. Der Kandidat der „Deutschen Reichspartei“ für die Landtagswahlen, Wolfgang Schildowsky, ist, wie DPD meldet, seit vergangenes Mittwoch unter Mitnahme der Parteikasse des Kreises Wolfenbüttel verschwunden.

## Regierungsumbildung in London

London. Bei der Umbildung des britischen Kabinetts wurden die Angelegenheiten der besetzten Gebiete in Deutschland und Oesterreich Lord Pakenham übertragen, der jedoch künftig unter der Aufsicht des Außenministeriums arbeiten wird. Der bisherige Lordsiegelbewahrer Greenwood wurde Minister ohne Portfeuille, der bisherige Indienminister ist zurückgetreten. Dafür wurden zwei weitere Mitglieder des Oberhauses in die Regierung aufgenommen, darunter der bisherige Vorsitzende der britischen Rundfunkgesellschaft.

## Ein jugoslawischer Fünfjahresplan

Belgrad (Südena). Die jugoslawische Regierung wird dem Parlament am 26. April im Verlauf der dritten Sitzungsperiode der Versammlung den Entwurf eines Fünfjahresplanes vorlegen. Im Wesentlichen befaßt sich dieser mit folgenden Punkten: Elektrifizierung, Industrialisierung des Landes, Produktionserhöhung und Einführung neuerzeitlicher Methoden und Maschinen in der Landwirtschaft.

## Amerikanische Geschäftsleute

„überprüfen“ deutsche Industrie

Berlin (Südena). 14 Vertreter des amerikanischen Geschäftslebens trafen aus Washington im Flughafen Tempelhof ein und begannen damit, ihre für zwanzig Tage geplante Reise durch die amerikanische und britische Besatzungszone Deutschlands. Sie werden auf Einladung des amerikanischen Kriegsministers Robert Patterson die deutsche Industrie überprüfen. Die amerikanischen Geschäftsleute werden sich besonders mit dem Programm beschäftigen, das die amerikanische Militärregierung für Deutschland ausgearbeitet hat, um das deutsche Wirtschaftsleben auf einen Stand zu bringen, der dem Friedensbedarf des Landes entspricht. Sie werden mit Beamten der amerikanischen und britischen Militärregierung sowie mit maßgebenden deutschen Geschäftsleuten verhandeln und verschiedene Fabriken besichtigen.



## Alles für die Aufrüstung

Ein Schacht-Memorandum vom 3. 5. 1935

Stuttgart. Im weiteren Verlauf der Spruchkammerverhandlung gegen Schacht verlas der öffentliche Kläger einige Stellen aus dem Tagebuch von Goebbels, in dem dieser schrieb, er habe mit Schacht eine Unterredung gehabt und festgestellt, daß dieser absolut auf dem Standpunkt der Partei stehe. Hierzu erklärte Schacht, er habe es noch nie geglaubt, daß er zu jener Zeit, also Ende 1932 für die Ziele der Nazi-Partei gewesen sei. Der Kläger verwies dann auf ein Memorandum, das Schacht am 3. Mai 1935 an Hitler gerichtet hatte und in dem er schrieb, daß alles hinter dem einen Ziel, die Aufrüstung durchzuführen, zurückstehen müsse. In dem Memorandum heißt es ferner, daß die Aufrüstung zu einem Teil durch das Geld der politischen Feinde des Reiches finanziert worden sei und daß alle Ausgaben für nicht unbedingt notwendige Dinge im Interesse der Aufrüstung unterbunden werden müßten.

Schacht erklärte weiter, er habe in der Zeit von 1934 bis 1936 versucht, Hitler zu beeinflussen und ihn auf einen „vernünftigen Weg“ zu bringen. Als ihm das nicht gelungen sei, habe er nach 1936 das Bestreben gehabt, das Naziregime von innen heraus zu sabotieren. Ab 1938 habe er dann ständig versucht, Hitler zu stürzen und ihn umzubringen.

## CSV-Heiße gegen die Kommunisten

Emmendingen. In Kenzingen eröffnete Herr Dr. Person von der CSV, Präsident der Beratenden Landesversammlung, die Wahlkampagne. Die erstanten Zuhörer erfuhren, daß es jetzt darauf ankomme, „alles zu tun, um im Augenblick der großen Auseinandersetzung völkerechtlich anerkannt zu sein.“ Gemeint war nach seinen vorhergehenden Worten eine militärische Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Die neue Verfassung, so führte er weiter aus, gebe uns jetzt endlich die ersuchte Gelegenheit, eine dem Volk verpflichtete Regierung zu schaffen und es läge nur noch an uns, diese höhere Plattform der politischen Freiheit zu erklimmen, indem wir am 18. Mai „Ja“ sagten.

In der Frage der Säuberung hatte sich Dr. Person originelle Auslegung zurechtgebaut: „Die Vertreter des Bürgertums (gemeint der

## Unsere Probeabstimmung

für oder gegen den Militärpflicht-Artikel

im Verfassungsentwurf hat eine außerordentliche Bewegung in der Bevölkerung ausgelöst. Wer hätte erwartet, daß diese Frage derart die Gemüter in Bewegung setzen würde! Es gehen uns nicht nur in unübersehbarer Fülle die ausgefüllten Abstimmungsblätter zu, sondern auch erregte Schreiben, die ihrer Mißstimmung und Empörung Ausdruck geben.

Wir registrieren hier einige der auf den Abstimmungsblättern angegebenen Berufe, die weit über die werktätigen Kreise in Stadt und Land hinausgehen: Handwerker aller Art, Verleger, Professoren, Schüler, Ärzte, Ingenieure, Gelehrte, Händler, Gärtner, Beamte, Kaufleute, Pensionäre, Studenten, Künstler, Bürgermeister, Regierungsbeamte, ein Kirchenmusikdirektor, Pfarrer, Schriftsteller, Redakteure, Geometer, Architekten, Buchhändler usw.

Von zahlreichen Versammlungen, Organisationen, Belegschaften usw. gehen uns entrüstete Resolutionen zu, die die Festlegung des Militärdienstverbotes in der Verfassung fordern und jenen Parteien und Abgeordneten, welche dagegen stimmten, ihre schärfste Mißbilligung aussprechen. Besonders erfreuten uns Aufrufe, die aus verschiedenen Kreisen stammen, die sich leidenschaftlich mit der Frage eines neuen Kommisszwanges auseinandersetzen. So erhielten wir von jugendlichen Kriegsteilnehmern einen Aufruf an die Kameraden „Achtung! Landser!“ in welchem in derber Sprache alle ehemaligen Soldaten aufgerufen werden, sich in eigenen Versammlungen in unmißverständlicher Weise an die Öffentlichkeit zu wenden und zu erklären, daß sie nie mehr bereit seien Kriegswaffen in die Hand zu nehmen und jeden militärischen Gehorsam verweigern würden.

Auch einen Aufruf des „Bundes der Kriegsdienstgegner“ in Freiburg, Postfach 221, der UNSEREM TAG dankt, daß er sich so konsequent für den Kampf gegen die militaristische Reaktion einsetzt, verzeichnen wir mit Genugtuung. Kein Staat darf mehr in Zukunft militärische Dienste erzwingen können, heißt es darin. Daß uns Schwerkranken, Verletzte beider Weltkriege, Kriegerwitwen und Mütter, vor allem aber Jugendliche, die nicht noch einmal Kanonenfutter werden wollen, ihre Dankbarkeit für unsere Aktivität zum Ausdruck bringen, hat uns bewiesen, daß wir die Interessen breiterer Massen mit unserer Kampagne vertreten haben.

Vor allem aber befriedigt uns, daß die von unserer Volkszeitung eingeleitete Protestbewegung so unmittelbar und schnell zum Erfolg geführt hat! Denn in der zweiten Lesung der Verfassung hat die CSV ihren reaktionären Plan, den sie einige Stunden zuvor noch so energisch verteidigte, fallen gelassen. Schneller hat wohl noch selten eine politische Bewegung zur vollständigen Kapitulation einer Partei geführt. Wir sind zufrieden, daß wir damit an einem praktischen Fall zu Beginn der Wahlkampagne den Beweis liefern können, welche Kraft des Volkes Wille hat, wenn es einheitlich und geschlossen für seine Forderungen eintritt! Es war das Muster einer außerparlamentarischen Aktion für die Demokratie. Ein vortreffliches Lehrbeispiel!

Damit schließen wir unsere ebenso kurze wie erfolgreiche Kampagne gegen einen reaktionären Anschlag einer Partei, die mutwillig mit den Interessen des badischen Volkes gespielt hat. Wir registrieren als Erfolg die Aufnahme des Artikels 69a in die Verfassung:

„Kein badischer Staatsbürger darf zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden.“

## Der Wahlkampf beginnt

Kreiskonferenz der KP bereitet die Wahl vor

Offenburg. Am Sonntag versammelten sich in der Michelhalle die Delegierten der Kommunistischen Partei aus den Landkreisen Lahr und Offenburg, um gemeinsam zur bevorstehenden Volksabstimmung und zu den Landtagswahlen Stellung zu nehmen. In kurzen Begrüßungsworten wies der Vorsitzende der KP Offenburg darauf hin, daß wir jetzt getreu dem Grundsatz der innerparteilichen Demokratie noch einmal zu den Ergebnissen der Verhandlungen über die Verfassung Stellung zu nehmen hätten, und daß nach reiflicher Diskussion die Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt werden müßten.

Den Bericht über die gegenwärtige Lage und die Verfassung erstattete als Mitglied unserer Fraktion in der Beratenden Landesversammlung, Genosse Willi Büche. Er legte zunächst die grundsätzlichen Erwägungen dar, aus denen heraus gegenwärtig die Schaffung einer Verfassung im Grund verfrüht erscheine. Es fehlten die Voraussetzungen für eine durchgreifende Demokratisierung. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, müßten zunächst die Säuberungsmaßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen und zur Ausschaltung nazistischer und reaktionärer Einflüsse durchgeführt werden. Vor allem aber gelte es vorderhand, das politische Interesse der

Bevölkerung nach den Jahren der politischen Entwürdigung und Bevormundung wieder wachzurufen. Keine Verfassung, die nicht von der Anteilnahme aller Staatsbürger getragen sei, könne die Demokratie garantieren. Deshalb sei heute eher ein Organisationsstatut vorzuziehen, das die Koordinierung der Anstrengungen der antifaschistischen Bevölkerung und der Besatzungsmacht zur Lösung folgender Aufgaben ermögliche: Säuberung, Ausschaltung der Kriegsverbrecher, welche die volksfeindlichen Kräfte sind, die sich schon wieder in Unternehmervereinigungen zusammenfinden, um die Sabotage der vom alliierten Kontrollrat zugestandenen Rechte des arbeitenden Volkes, des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und aller fortschrittlichen Maßnahmen zu besprechen.

Wir haben uns aber, so führte Gen. Büche weiter aus, jetzt, da die Verfassung einmal ausgearbeitet werden muß, der Teilnahme an dieser Ausarbeitung nicht begeben. Wir haben in den letzten zwei Jahren die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Parteien in den Vordergrund gestellt. Nun haben die Vorgänge bei der Ausarbeitung der Verfassung gezeigt, daß innerhalb der CSV reaktionäre Kräfte am Werk seien, die nicht mit der Mitgliedschaft dieser Partei in einen Topf geworfen werden dürften. Diese hätten eine Verfassung der „autoritären Demokratie“ ausgearbeitet, die „nur nur als undemokratisch und reaktionär bezeichnen könne. Gen. Büche gab dann einen Überblick über die Bestimmungen des Verfassungsentwurfes, und wies vor allem auf die Absätze hin, die die Macht der Volksvertretung beschränken sollen. Der Ständerat, der nicht aus Vertretern des Volkes besteht, kann praktisch die Annahme jedes Gesetzes hemmen. Der vorgesehene Staatsgerichtshof gibt Richtern, die niemandem verantwortlich sind, die Möglichkeit, jedes Gesetz außer Kraft zu setzen und zudem auch noch die politischen Parteien zu überwachen und zu verbieten. Vollends lächerlich mütete es an, wenn ein Sprecher der CSV in der Landesversammlung erklärte, die deutschen Länder müßten ihre „Souveränität“ wieder erhalten und man sollte die Möglichkeit eigener diplomatischer Vertretungen im Ausland nicht aus den Augen verlieren (Allgemeine Heiterkeit). Auf der gleichen Linie liege auch die Schaffung einer eigenen badischen Staatsbürgerschaft, wobei die CSV eigens ablehnte, sie jedem in Baden wohnhaften Staatsangehörigen zuzugestehen.

In der Diskussion charakterisierten mehrere Genossen noch näher die reaktionären Tendenzen, die durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Demokraten überwunden werden müssen. Es wurde vor allem auch darauf abgehoben, daß man keineswegs den christlichen Arbeiter, der heute noch in den Reihen der CSV stehe, mit den reaktionären Tendenzen der Parteiführung gleichsetzen darf. Die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung sei angesichts des Vordringens antidemokratischer Kräfte notwendiger denn je. Auf Vorschlag der KP Offenburg und nach Zureufen aus der Versammlung wurde die Kandidatenliste für die Landtagswahlen aufgestellt. Sie besteht aus folgenden Genossen: Willi Büche (Lahr), Richard Bätz (Offenburg), Albert Mutter (Schutterwald), Johann Sauer (Lahr), Minna Döserich (Offenburg) und Richard Schneckenburger (Offenburg). Sie fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung. Die Konferenz schloß mit dem alten Kampflied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

Zur Streichung des Artikels über die Militärpflicht wies er darauf hin, daß dieser Artikel von der CSV eingebracht worden sei. Der Zwischenruf, warum man ihn dann wieder streiche, brachte ihn etwas in Verlegenheit und er erklärte nicht gerade geistreich, daß dieser Artikel noch etwas „verfrüht“ sei, und in die Reichsverfassung gehöre. Aber einmal in Harnisch gebracht, polterte er los: Solange Marshall Stalin seine Militärmacht aufbaut, habe kein deutscher Kommunist Berechtigung, an der Streichung dieses Artikels Kritik zu üben. (Den hinweisenden Zwischenruf, daß wir Deutsche seien, beantwortete er mit einem Angriff gegen einen Antifaschisten, dessen aktives Kampferium gegen Hitler er ihm zum Vorwurf macht: „Das Mitglied des Vorstandes der SED, Walter Ulbricht, habe während des Krieges gegen „Deutschland“ gekämpft.“ Auf den Zwischenruf: „Es war Aufgabe in diesen 12 Jahren, gegen den Faschismus zu kämpfen“, blieb Herr Person die Antwort schuldig.

„Wahltag ist Zahltag!“ Das war in früheren Zeiten ein geflügeltes Wort. Auch dieses Mal wird die herrschende Partei, die ihren Wahlsieg zu rücksichtsloser Alleinherrschaft ausgenutzt hat, zweifelloser die Quittung für ihre Politik erhalten. Entgegen allen Forderungen, insbesondere der Arbeiterschaft, zu radikalen Maßnahmen in der Ernährungswirtschaft und zur gerechten Entnazifizierung hat die CSV einen reaktionären Verfassungsentwurf gegen die fortschrittlichen Vorschläge der Opposition geschaffen. Auch dafür wird sie eine Quittung bekommen, die sich in dem Unwillen der Bevölkerung über bestimmte Verfassungsartikel bereits deutlich kundtut.

Während des Wahlkampfes geht es daher um grundsätzliche politische Auseinandersetzungen, die wir als Kommunisten mit gewohnter Schärfe, jedoch in größter Sachlichkeit durchzuführen gewillt sind. Das Volk wird erkennen, daß alle guten sachlichen Argumente dabei auf unserer Seite sind! Wir verstehen daher gut, daß die CSV mangels guter Waffen bereits bei Eröffnung des Wahlkampfes sich schon großer Unsachlichkeit und persönlicher Hetzereien bedienen muß, um wieder Stimmen zu fangen. Mit derselben Heiße gegen die Kommunisten haben auch die Nazis ihre Herrschaft vorbereitet. Möge das Volk dieses Mal wachsam sein und weniger leichtgläubig, indem es nicht mit Gefühl, sondern mit politischem Verständnis am 18. Mai zur Wahlurne geht.

Bevölkerung nach den Jahren der politischen Entwürdigung und Bevormundung wieder wachzurufen. Keine Verfassung, die nicht von der Anteilnahme aller Staatsbürger getragen sei, könne die Demokratie garantieren. Deshalb sei heute eher ein Organisationsstatut vorzuziehen, das die Koordinierung der Anstrengungen der antifaschistischen Bevölkerung und der Besatzungsmacht zur Lösung folgender Aufgaben ermögliche: Säuberung, Ausschaltung der Kriegsverbrecher, welche die volksfeindlichen Kräfte sind, die sich schon wieder in Unternehmervereinigungen zusammenfinden, um die Sabotage der vom alliierten Kontrollrat zugestandenen Rechte des arbeitenden Volkes, des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und aller fortschrittlichen Maßnahmen zu besprechen.

Wir haben uns aber, so führte Gen. Büche weiter aus, jetzt, da die Verfassung einmal ausgearbeitet werden muß, der Teilnahme an dieser Ausarbeitung nicht begeben. Wir haben in den letzten zwei Jahren die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Parteien in den Vordergrund gestellt. Nun haben die Vorgänge bei der Ausarbeitung der Verfassung gezeigt, daß innerhalb der CSV reaktionäre Kräfte am Werk seien, die nicht mit der Mitgliedschaft dieser Partei in einen Topf geworfen werden dürften. Diese hätten eine Verfassung der „autoritären Demokratie“ ausgearbeitet, die „nur nur als undemokratisch und reaktionär bezeichnen könne. Gen. Büche gab dann einen Überblick über die Bestimmungen des Verfassungsentwurfes, und wies vor allem auf die Absätze hin, die die Macht der Volksvertretung beschränken sollen. Der Ständerat, der nicht aus Vertretern des Volkes besteht, kann praktisch die Annahme jedes Gesetzes hemmen. Der vorgesehene Staatsgerichtshof gibt Richtern, die niemandem verantwortlich sind, die Möglichkeit, jedes Gesetz außer Kraft zu setzen und zudem auch noch die politischen Parteien zu überwachen und zu verbieten. Vollends lächerlich mütete es an, wenn ein Sprecher der CSV in der Landesversammlung erklärte, die deutschen Länder müßten ihre „Souveränität“ wieder erhalten und man sollte die Möglichkeit eigener diplomatischer Vertretungen im Ausland nicht aus den Augen verlieren (Allgemeine Heiterkeit). Auf der gleichen Linie liege auch die Schaffung einer eigenen badischen Staatsbürgerschaft, wobei die CSV eigens ablehnte, sie jedem in Baden wohnhaften Staatsangehörigen zuzugestehen.

In der Diskussion charakterisierten mehrere Genossen noch näher die reaktionären Tendenzen, die durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Demokraten überwunden werden müssen. Es wurde vor allem auch darauf abgehoben, daß man keineswegs den christlichen Arbeiter, der heute noch in den Reihen der CSV stehe, mit den reaktionären Tendenzen der Parteiführung gleichsetzen darf. Die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung sei angesichts des Vordringens antidemokratischer Kräfte notwendiger denn je. Auf Vorschlag der KP Offenburg und nach Zureufen aus der Versammlung wurde die Kandidatenliste für die Landtagswahlen aufgestellt. Sie besteht aus folgenden Genossen: Willi Büche (Lahr), Richard Bätz (Offenburg), Albert Mutter (Schutterwald), Johann Sauer (Lahr), Minna Döserich (Offenburg) und Richard Schneckenburger (Offenburg). Sie fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung. Die Konferenz schloß mit dem alten Kampflied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

„Ernst Thälmann-Heim“ für Opfer des Faschismus

Berlin (Südena). Anlässlich des 61. Geburtstags von Ernst Thälmann am 16. April wurde das Erholungsheim für Opfer des Faschismus in Lehnitz bei Oranienburg in „Ernst Thälmann-Heim“ umbenannt.

Nazi-Direktor als Schlosser

Berlin (Südena). Als Schlosser wurde der frühere Siemens-Direktor Hans Benkert am Montag vom Charlottenburger Arbeitsamt einer Berliner Elektrofirma zugewiesen.

## Um die Gewerkschaftsfreiheit in USA

Washington. Nach dreitägiger Beratung hat das Repräsentantenhaus am Donnerstag mit großer Mehrheit dem Entwurf für das Arbeitsgesetz zugestimmt, das der Aktivität der Gewerkschaften große Beschränkungen auferlegt. Die Annahme wurde durch die Koalition der „Republikaner“ und der „Demokraten“ der Südstaaten gesichert.

Der Gesetzentwurf, der mit 308 gegen 107 Stimmen angenommen wurde, ist dem Senat zugeleitet worden. Er wurde von seinen Gegnern als „eine der schlechtesten Maßnahmen der Arbeitergesetzgebung, die jemals dem Kongress vorgeschlagen wurde“, bezeichnet.

Der vom Repräsentantenhaus angenommene Gesetzentwurf untersagt das Verhandeln über Gemeinschaftsverträge für einen gesamten Industriezweig. Die Übertreter sind gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt. Der Entwurf bestimmt schließlich, daß Kommunisten nicht Vorstände der Gewerkschaften sein dürfen.

Im übrigen hat der Arbeitsausschuß des Senats von sich aus sieben mit 11 gegen 2 Stimmen eine andere Fassung des Arbeitsgesetzes gutgeheißen, die der Senator Taft eingebracht hat und die angeblich vorteilhafter für die Gewerkschaften ist. Danach sollen diese das Recht behalten, Verhandlungen über Verträge mit einem gesamten Industriezweig zu führen. Der Staatsanwalt der Vereinigten Staaten soll indessen die Niederlegung der Arbeit für 81 Tage untersagen können, wenn der Streik die Gesamtheit einer Industrie umfaßt und dem öffentlichen Interesse abträglich ist.

## Maskauer Nazisbuch

17. April. Heute morgen legten die jugoslawischen Delegierten dem Außenminister ihre Forderungen zum österreichischen Friedensvertrag dar. Die Frage des Problems der Zwangsverschleppungen in Oesterreich wurde den Stellvertretern überliefert. Für die österreichische Armee wurde eine Stärke von 53 000 Mann festgesetzt, der Luftwaffe 90 Flugzeuge, darunter 70 Kampfflugzeuge bewilligt. Einstimmig wurde Oesterreich verboten, Atom- und Raketenwaffen, Unterseeboote, Torpedoschmelzboote, Kampfgas und andere Spezialwaffen zu halten. Ebenso darf es keine Verkehrsflugzeuge japanischer oder deutscher Herkunft kaufen.

18. April. Der österreichische Außenminister Gruber legte den österreichischen Standpunkt zu den bereits mehrfach erörterten jugoslawischen Forderungen dar. Er forderte die Beibehaltung der Grenze, wie sie vor 1938 bestanden haben. Die Frage der Grenzen wurde darauf den Stellvertretern zur weiteren Behandlung übergeben. Am Nachmittag besprachen die Außenminister die wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages, konnten jedoch keine Einigung erzielen.

19. April. Auch heute konnte noch keine Regelung der Frage der Rückerstattung von nach dem Anschluß vorgenommenen Eigentumsübertragungen und über die Frage der Grenzen keine Einigung erzielt werden. Auch die Frage der österreichischen Reparationen an Jugoslawien ist noch ungeklärt.

20. April. Die erste Prüfung für den Staatsvertrag mit Oesterreich ist abgeschlossen. Die Diskussion soll am Montagmorgens fortgesetzt werden, nachdem am Vormittag ein Bericht über die Regelung der finanziellen Fragen des freien Gebiets Triest zur Diskussion stehen wird.

21. April. Heute Nachmittag haben die Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag mit Oesterreich, die auf Weisung der Außenminister erfolgte, Prüfung verschiedener Vertragsklauseln abgeschlossen. Mit Ausnahme der Artikel über die Rückerstattung von Maschinensträngen fanden sie eine Einigung in der Frage der von Oesterreich zu leistenden Zurückzahlungen. Näheres ist noch nicht bekannt. Der Viererrat tagte in geheimer Sitzung. (nach: Südena)

## Handelsbesprechungen

UdSSR - Großbritannien

London (Südena). Der britische Handelsminister, Sir Stafford Cripps, teilte im Unterhaus mit, daß sich der Sekretär für den Ueberseehandel am 18. April nach Moskau begibt, um dort einen Meinungsaustausch über die britisch-russischen Handelsbeziehungen der Zukunft zu pflegen. Harold Wilson werde mit dem sowjetrussischen Minister für den Außenhandel, Mikojan, über die Handelsmöglichkeiten zwischen den beiden Ländern Besprechungen führen. Es werde von britischer Seite alles unternommen, um den Zustrom von Rohmaterialien, insbesondere Holz, wie es vor dem Kriege aus Rußland und den baltischen Staaten nach England eingeführt wurde, wieder in Gang zu setzen. Andererseits werde die Sowjetunion zweifellos froh sein, aus Großbritannien Maschinen und Werkzeuge für ihren Wiederaufbau zu erhalten, fügte Sir Stafford Cripps bei.

Londoner Hausfrauen demonstrieren gegen Teuerung

London. Mehrere hundert Hausfrauen zogen Sonntagmorgens durch die Hauptstraßen Londons, um gegen die hohen Preise für Obst und Gemüse zu protestieren. Sie führten Transparente mit, auf denen ihre Forderungen standen, sowie Stangen mit aufgespießten Möhren und Kohlköpfen. Die Demonstrantinnen unterbreiteten im Ministerpräsidium eine Petition über die Senkung und die Kontrolle der Kleinverkaufspreise.

SS-Führer entflieht in Oesterreich

Wien. Der österreichische Innenminister bestätigt, daß der frühere stellvertretende Wiener Oberbürgermeister und SS-Führer, Franz Richter, geflohen ist. Er benutzte die Gelegenheit einer kleinen Arbeit außerhalb des Gefängnisses zur Flucht.

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel  
Redaktion: (778) Offenburg, Metzgerstr. 1. Tel. 1374. Tele-gramm-Adresse: Neust. Offenburg. — Verlags-Südwest-Verlag o.G.m.b.H. (778) Offenburg, Hauptstr. 115. Postfach 361. Fernruf 2207. — Erscheint Mittwoch und Samstag — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einsch. Trägerlohn bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reil & Cie., Offenburg.

Gen. Helmut Hauri, unser bisheriger Verlagsleiter und Vorstandsmitglied der Genossenschaft, hat sich entschlossen, sich von den Geschäften des Verlages und der Genossenschaft aus Gesundheitsrücksichten zurückzuziehen. Er hat sich um den Aufbau des Verlages, der unter erschwerten Umständen erfolgen mußte, wesentliche Verdienste erworben. Wir wünschen dem Scheidenden auch für seine künftige Arbeit guten Erfolg.

Südwest-Verlag

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel  
Redaktion: (778) Offenburg, Metzgerstr. 1. Tel. 1374. Tele-gramm-Adresse: Neust. Offenburg. — Verlags-Südwest-Verlag o.G.m.b.H. (778) Offenburg, Hauptstr. 115. Postfach 361. Fernruf 2207. — Erscheint Mittwoch und Samstag — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einsch. Trägerlohn bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reil & Cie., Offenburg.



# Das Wehrmachtsgefängnis als Vorstufe des KZ

Strafvollzugskompanien, Bewährungsbattalione und Wehrmachtsgefängnisse waren das Grauen der Soldaten. Der Verfasser des nachstehenden Erlebnisberichts war einige Jahre als Unteroffizier zum Wehrmachtsgefängnis Bruchsal kommandiert. Seine Ausführungen zeigen, welche grauenhafte Zustände in den militärischen Strafanstalten herrschten, die sich in nichts von den Konzentrationslagern unterschieden.

Im Wehrmachtsgefängnis (WG) befanden sich die durch Kriegesgerichtsurlaub zu Gefängnisstrafen verurteilten deutschen Soldaten. Den weitesten Prozentsatz stellten die wegen „unerlaubter Entfernung“ und wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ Verurteilten, darunter hochachtbare Männer, die sich Kritik am Militarismus oder an der Partei oder Zweifel am Endsieg hatten zuschulden kommen lassen. Zu diesen Männern gesellten sich die wegen Plünderung, Diebstahls und anderer krimineller Delikte Verurteilten, von denen ein hoher Prozentsatz „daheim“ wohl auch nicht straffällig geworden wäre, die aber durch das verlumpte System des „Organisierens“ auf die schiefte Ebene geraten waren. Der größte Teil also bestand aus Männern, die dem Zwang sich widerzusetzen und die deshalb einer potenzierten preußischen Zucht bedurften, die ihnen im WG zuteil wurde. Selbstverständlich war der WG-Innsasse völlig entrechtet.

Es versteht sich demgemäß, daß als Offiziere in den WGs die widerlichsten Kasernendresseure funktionierten, Kommisskäfte, vor denen jede normal entwickelte Persönlichkeit ein Grauen empfand. Es gab im WG Bruchsal Korporale, die sich zu Hinrichtungen mit Vergnügen freiwillig meldeten und es gab Stabsärzte, die besser zu Stallknechten als zu Heilern getaugt hätten.

Wir entsinnen uns zahlreicher Verhandlungen, die alle den gleichen widerwärtigen Eindruck hinterließen: daß hier nicht Recht gesucht, sondern Macht demonstriert wurde. Geradezu grotesk wirkte aber die „Hinzuziehung eines Sachverständigen“ in Fällen, wo es um den Kopf ging. Da trat dann der Stabsarzt auf und legte in zwei Minuten dar, daß der Mann „zum Erschießen tauglich“ sei. Es seien hier nur zwei Fälle geschildert, von Rechtsprechung durch Kriegesgerichte:

Der Soldat A. wird wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Morgens um 3 Uhr wird dem A. eröffnet, daß er um 6 Uhr erschossen werde. Der Pfarrer, der zum Delinquenten gerufen wird, bemerkt sogleich, daß A. gestesschwach ist. Er setzt alle Hebel in Bewegung, die Vollstreckung

aufzuschieben. Es gelingt ihm. Zivilärztliche Untersuchung stellt völlige Unzurechnungsfähigkeit des Verurteilten fest; der Kranke muß aus dem Heeresdienst entlassen werden.

Der Soldat B. wird wegen unerlaubter Entfernung im Rückfall, vom Gericht erster Instanz zu vier Jahren Gefängnis, von dem zweiten Instanz zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Schließlich wird er, da die Generalität als Gerichtsherr beide Urteile nicht bestätigt, standrechtlich erschossen.

Diese Urteile, wie tausend andere, sind reine Willkür. Es waren ja die Militärärzte wie die Militärärzte niemals Richter und Aerzte im ethischen Sinne der Berufe, sondern willfährige Beamte des Leviathans „Staat“, der bestimmte, was Recht und was Tauglichkeit ist. Im WG Bruchsal waren z. B. Dutzende von Fällen zu verzeichnen, daß straffällige preußische Grenadiere wegen Schwachsinn, ja sogar wegen Infantilisimus, in den zivilen Strafvollzug übergeführt werden mußten, nachdem sie jahrelang als Soldaten geschunden worden waren.

Die Unterbringung der Wehrmachtsgefangenen war, wie ihre Verpflegung, stark dem KZ angelehnt, überfüllte Baracken, kargste Kost. Dazu ein Arbeitstag von früh um 6 Uhr bis abends 6 Uhr, und eine degradierende Lumpenuniform. Der Ausmarsch am Morgen und der Einmarsch am Abend erfolgten im „Achtungs-Marsch“, der typisch preußischen Hampelmans-Gangart, die zwar unterm aller Menschenwürde, aber nichtsdestoweniger die Wonne aller Militaristen ist.

Es seien noch einige typische Bilder aus dem Betrieb eines WG gegeben:

Am 1. Mai 1944, dem Nationalfeiertag des deutschen Nazismus, ließ der Kommandeur des WG, Baumholder, die gefangenen deutschen Soldaten vor die Pflüge spannen und sie als Pferdeersatz antreiben.

Im Juni 1944 trugen in glühender Hitze vier Gefangene einen fünften, dem ein Magengeschwür durchgebrochen war, an den vier Zuspeln einer Woldecke ins Krankenhaus, weil „kein Auto zur Verfügung“ stand. 100 Meter vom Ausgang der Baracke stand der PKW, mit dem der Kommandant zum Mittagsschlaf fuhr.

Wenn es dem Herrn Hauptfeldwebel einfiel, „seine Leute“ nachts um 1 Uhr exerzieren zu lassen, so war ihm das unbenommen. Und geschah den Kerlen, die da eingesperrt waren, denn nicht recht? „Sie sind nicht eingesperrt“, behrte eines Tages ein Hauptfeldwebel die Gefangenen „weil Sie gestohlen haben; Sie sind eingesperrt, weil Sie sich haben erwischen lassen.“ Militärischer Zynismus? Ja, aber auch Zeugnis für die Moralität des ganzen Systems!

Im Krankenrevier lagen zahlreiche Gefangene,

die an schwerer Bronchitis litten. Der Arzt hatte angeordnet, die Männer sollten täglich eine halbe Stunde in der Sonne sitzen. Die Kur wurde verboten, da „wir hier kein Sanatorium haben“. Uad der Arzt schwieg dazu.

Eine hochschwangere junge Frau, in Köln total ausgebombt, wollte ihren im WG sitzenden Mann sprechen, der wegen geringfügiger Sache sechs Monate zu verbüßen hatte. Sie stand vor der Tür der Schreibstube und wurde dem Hauptfeldwebel durch einen mitleidigen Mann des Personals gemeldet. Als der Meider darauf aufmerksam machte, daß die hochschwangere Frau nicht längere Zeit auf dem eiskalten Flur stehen könne, geriet der Feldwebel in einen Tobsuchtsanfall und brüllte: „Was geht das uns an! Wäre sie daheim geblieben! Nur keine Barmherzigkeit, nur keine Barmherzigkeit!“

Sind das nicht Bilder, die schon den Geist des KZ beschwören? Und sie stammen doch aus der Sphäre des Militärs! Wie sagt ein Merkblatt des OKW: „Geistig betreut und erzieherisch ausgerichtet“ werden die Wehrmachtsgefangenen, und „das Ehrgefühl wird geweckt und gestärkt“.

Die „Herren vom Militär“ werden sagen, daß sie „vom WG kaum etwas gewußt“ hätten. Sie werden sich wiederum ins brave Soldatentum retirieren wollen. Aber man muß solchen „Retiraden“ einmal energisch Halt gebieten und erwidern: Wer militärischer Führer sein will, der hat sich bekannt zu machen mit den Einrichtungen, durch die Menschen beim Kommiß erzogen werden. Von dem Bestehen aber der WGs keine Kenntnis gehabt zu haben, ist nichts als eine Ausflucht, denn Tausende und aber Tausende kamen nach Gefängnisstrafen zu ihren militärischen Führern zurück. Überdies haben Tausende von Truppenführern Tausende ihrer Landsler ins Gefängnis gebracht. Dies alles aber ist nicht so wesentlich wie die Erkenntnis, daß das militärische System im WG die potenzierte Kaserne geschaffen hatte, die sich von den Nazis ohne Schwierigkeit zum KZ weiterentwickeln ließ. Der Kommiß also, nicht erst die NS-Weltanschauung, ist das Fundament der Konzentrationslager.

## Internationaler

### Telefon- und Telegramm-Verkehr

Baden-Baden. Die französische Militärregierung im besetzten Deutschland hat verfügt, daß der Telegramm- und Telefonverkehr zwischen der französischen Besatzungszone und der ganzen Welt mit Ausnahme von Spanien, Japan und deren Besitzungen wieder aufgenommen wird.

Diese Maßnahme wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates in Deutschland getroffen. Sie tritt ab 1. Mai in Kraft.

Die Benutzung der internationalen Privatverbindungen ist folgenden Personen vorbehalten: 1. Innerhalb der französischen Besatzungszone in Deutschland solchen deutschen Staatsangehörigen, die innerhalb der deutschen Wirtschaft tätig sind; 2. im Ausland all denjenigen Staatsangehörigen eines Landes, deren Regierung die Bewilligung zur Durchführung des Telefon- und Telegrammverkehrs ausdrücklich erteilt hat.

### Briefe an Besatzungsbehörden

Berlin. Um die große Zahl der falsch adressierten Briefe an Besatzungsbehörden zu verringern, macht das alliierte Sekretariat darauf aufmerksam, daß es künftig alle Briefe vernichten würde, die nicht auf dem vorgeschriebenen Dienstwege gesendet werden. Briefe in deutscher Sprache, die örtliche oder die die Zone betreffende Fragen enthalten, müssen an die örtliche Militärregierung des Absenders gerichtet werden. Alle Briefe müssen in lateinischer Schrift abgefaßt und nach Möglichkeit mit der Maschine geschrieben sein. Briefe, die mit der Hand geschrieben werden, müssen Anschrift, Name und Beruf des Absenders in Druckbuchstaben tragen.

### Streik erzwingt Mitbestimmungsrecht

Dresden (UT-Ber.) Der Inhaber der Maschinenfabrik Kegel, Dresden-N, verweigerte die Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes und lehnte es ab, die Betriebsvereinbarung zu unterschreiben. Die hundertprozentig gewerkschaftlich organisierte Belegschaft trat daraufhin in den Streik, der nach sieben Tagen erfolgreich beendet werden konnte. Der Unternehmer unterschrieb die Betriebsvereinbarung und bezahlte außerdem den Lohn für die sieben Streiktage.

## Gewerkschaften - gestern und heute

### Gegengewichte kapitalistischen Ablaufs

Nichts könnte besser das Wesen der Gewerkschaften erklären, als diese Sätze, die Karl Marx schrieb. Die Wirklichkeit der vergangenen acht Jahrzehnte hat ihm recht gegeben. Gewerkschaften und kapitalistisches Unternehmertum sind Gegenpole, die sich in der kapitalistischen Wirtschaft bedingen und in ihrer Gegensätzlichkeit den Fluß der geschichtlichen Entwicklung vorwärts treiben. Während in England schon 1640 und in Frankreich in der Revolution 1789 das Bürgertum die Fesseln der Feudalordnung sprengte gelang dies in Deutschland weder in der Bauernhebung von 1525 noch in der „bürgerlichen Revolution“ von 1848 und schließlich auch nicht in der proletarischen Revolution von 1918. Die feudalen Kreise, die sich mit dem Finanzkapital verbunden hatten, behielten das Heft in der Hand. Das Bürgertum versagte — verängstigt durch die Kraft der Arbeiterklasse — und verband sich mit seinen Unterdrückern. Die Landarbeiter standen besonders in den deutschen Ostgebieten noch unter einem an die Leibeigenschaft erinnernden Druck der Großgrundbesitzer, und das Kleinbürgertum war durch seine Ausrichtung auf ein reaktionäres Großbürgertum politisch steril geworden. So stand die Industriearbeiterschaft allein. Gewiß liegen die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht später als die der anderen Länder. Aber sie war weltanschaulich und wirtschaftspolitisch zerrissen und auch die freien Gewerkschaften zeigten nicht die erforderliche Stoßkraft, weil man die kapitalistische Entwicklung falsch einschätzte und die gewerkschaftliche Theorie gegenüber den täglichen Interessen und Nahzielen vernachlässigte.

Der erste deutsche Arbeiterverband war der Tabakarbeiterverein von 1865. Ihm folgte 1866 der Verband der Deutschen Buchdrucker. 1868 entstanden die Lassalle'schen Gewerkevereine, und in demselben Jahr gründeten Hirsch und Dunker, angeregt von den englischen Trade Unions, aus der freisinnigen Richtung heraus, ihre Gewerkschaften. 1883 bildeten sich die christlichen Gewerkschaften, und 1902 kam es, beeinflusst durch französische Vorbilder, zur Gründung der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine der „Gelben“. Ihre wirkliche Stoßkraft erhielt die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber erst 1869 durch die auf dem Boden der marxistischen Lehre stehenden freien Gewerkschaften. Ihre überragende Bedeutung in der Arbeiterbewegung zeigt sich in den Mitgliederzahlen vor dem ersten Weltkrieg. Von 3,6 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Deutschland entfielen auf die freien Gewerkschaften 2,5 Millionen, 350 000 auf die christlichen Gewerkschaften, 280 000 auf die „Gelben“ und 110 000 auf die Hirsch-Dunkervereine. 320 000 Arbeiter waren in Splitterorganisationen zusammengefaßt.

Die Besonderheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegt darin, daß sie überwiegend ihre Gründung politischen Parteien verdankt, und sich nicht umgekehrt diese aus den gewerkschaftlichen Organisationen heraus bildeten, wie in England. Das kommt daher, weil erst die stark einsetzende Reaktion nach 1848 die Arbeiter politisch aktivierte. Die Folge davon war die Zersplitterung. Gleichlaufend mit der Industrialisierung Deutschlands, das seinen Rückstand im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in kürzester Zeit aufholte, nahm auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung, besonders nach der Aufhebung des Sozialgesetzes, seit 1890 einen mächtigen Aufschwung. Aber die gewerkschaftliche Theorie hielt nicht gleichen

### Kraftspeicher sozialistischer Ordnung

Schritt, und auch in den freien Gewerkschaften verfolgte man eher eine revisionistische Burgfriedenspolitik gegenüber den kapitalistischen Kräften, als den von Marx vorgezeichneten Weg des Klassenkampfes zu gehen.

Nach einer zwölfjährigen Entmündigung der Arbeiterschaft durch die imperialistische Diktatur im nazistischen Gewand, konnten die Gewerkschaften 1945 mit der Aufbauarbeit wieder beginnen. Völlig neue Grundsätze mußten dabei angewendet und eine klare Gewerkschaftstheorie zugrundegelegt werden. Die Arbeit ist schwer, weil das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft durch die vergangenen Jahre schwer erschüttert wurde und jetzt neu gefestigt werden muß. Der tiefe Abstieg hat uns gezeigt, wie falsch der Kurs der Gewerkschaften bis 1933 war. Unter Vermeidung aller Spaltungen ist eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung entstanden, die wir als unser kostbarstes Gut hüten müssen. Ihr erster Grundsatz ist der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie als Ausdruck einer eindeutigen Frontstellung gegen die kapitalistischen und feudalen Kräfte des Rückschritts. Die Zeit der Burgfriedenspolitik ist vorbei, und die antikapitalistische Ausrichtung ist Gemeingut aller Gewerkschafter geworden. Man hat erkannt, daß die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein müssen. Sie dürfen nicht mehr Anhängel einer politischen Partei sein, weil sie sich damit ihrer geinteten Kraft berauben.

Die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung ist eine typisch deutsche Erscheinung, es gilt heute dieses Erbe fortzusetzen. Schon 1919 wurde auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg die Generalkommission der Gewerkschaften geildet, um den straff organisierten Unternehmerverbänden und der zunehmenden Konzentration des Kapitals eine gleichwertige Einheit entgegenzusetzen. Sie blieb aber hinter der kapitalistischen Organisation zurück. Damals gab es 129 selbständige Zentralverbände und 5 Spitzenorganisationen. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß von 1920 wurde zum Zweck der organisatorischen Vereinheitlichung die Schaffung großer und starker Industriegewerkschaften beschlossen. Dieser Beschluß wurde aber leider nicht durchgeführt. Heute gibt es nur eine einzige große Gewerkschaftsbewegung, den FDGB, der sich in 18 gewerkschaftliche Vereinigungen nach dem Prinzip der Industriegewerkschaften gliedert. Wenn man heute noch vielfach im Ausland Bedenken gegen die Zentralisation der deutschen Gewerkschaften hegt, und fürchtet, daß daraus eine diktatorisch geleitete Organisation nach dem Muster nazistischer Organisationen entstehen könnte, dann ist das irrig, denn die ausgesprochene innergewerkschaftliche Demokratie, die Kontrolle von unten, macht etwas derartiges unmöglich. Die neuen deutschen Gewerkschaften unterscheiden sich aber noch in einem weiteren wesentlichen Moment von den früheren. Damals gab es keinen direkten Einfluß der Arbeiterschaft auf die Wirtschaft, weshalb der Streik die wichtigste und schärfste Waffe war. Wenn die Gewerkschaften auch nicht auf dieses Mittel verzichten, dann bietet heute das Mitbestimmungsrecht ganz andere Möglichkeiten, sich durchzusetzen. So haben die neuen deutschen Gewerkschaften einen grundsätzlich andern Charakter, als vor 1933. Mit 7 Millionen Mitgliedern sind sie heute schon die stärkste Macht im deutschen Wirtschaftsleben. Je einheitlicher ihre Organisation und je klarer ihre Zielsetzung ist, desto größer ist die Garantie, welche sie dem eigenen Volk und der Welt für eine künftige friedliche und fortschrittliche Entwicklung Deutschlands bieten.

Dr. H.

Prof. Dr. Karl S. Bader (Freiburg i. Br.)

## Für Wiedereinsetzung der Laienrichter

In der von ihm herausgegebenen, in Tübingen erscheinenden „Deutschen Rechts-Zeitschrift“ nimmt der Freiburger Rechtslehrer Prof. Dr. Karl S. Bader in einer längeren Abhandlung Stellung zur Frage der Laienrichter. Aus dem lehrreichen Aufsatz, dem der Umstand besonderes Gewicht verleiht, daß sein Verfasser das Amt des badischen Generalstaatsanwalts in Freiburg bekleidet, bringen wir nachstehend unsern Lesern einige Auszüge zur Kenntnis.

Hatten schon die Jahre vor 1933 eine Umformung und Zurückdrängung der Schwur- und Schöffengerichte und die Strafgerichtsbarkeit dadurch in eine Situation gebracht, die neben anderen Ursachen zur latenten, die Weimarer Republik begleitenden Justizkrise führte, so erblickten die Machthaber des nationalsozialistischen Regimes in der Zuziehung von Laien zur Rechtspflege offensichtlich eine Gefährdung des von ihnen propagierten Führerprinzips. Daß dieser Führergrundsatz auf dem Gebiete der Justiz Schwierigkeiten bereite, trat besonders in den ersten Jahren nach Hitlers Machtübernahme deutlich hervor. Immerhin erschien es leichter, eine gelenkte Justiz einzurichten, wenn man das unberechenbare, der unmittelbaren Weisung entzogene Laienelement ausschaltete. So bot die laienfreie Rechtspflege, die sie im Laufe des Krieges tatsächlich erreichte, für die Reichsjustizverwaltung eine gesteigerte Möglichkeit, den Gang des Verfahrens in etwa im voraus zu bestimmen.

Der Staat, der dauernd vom „gesunden Volksempfinden“ sprach, besetzte in der ihm eigenen Doppelzüngigkeit gerade jene Institution, die seit rund einem Jahrhundert als Garant einer von der Überzeugung und vom Rechtsgefühl des Volkes getragenen Rechtsprechung gegolten hatte.

Für die Einsetzung der Laienrichter in Schwur-, Schöffen- und anderen herkömmlichen mit Laien besetzten Gerichten spricht die gesamte gegenwärtige Lage der Justiz. Man mag die Haltung der deutschen Juristen und der deutschen Richter zumal während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft ansehen wie man will, daß der Richterberuf gegenwärtig schwerwiegenden Vorwürfen ausgesetzt ist, bleibt eine Tatsache, über die der Berufsrichter sich nicht täuschen darf. Das Mißtrauen großer Volkskreise ist nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus da. Wir werden diesem Mißtrauen durch nichts besser begegnen können, als durch die Einsetzung des Laienelements in seine alte, da und dort modifizierte und verbesserte Stellung. In Krisenzeiten, — wer möchte bestreiten, daß wir sie durchleben? — hilft nichts besser und wirksamer als eine Vertretung der Festen, die einen schweren Bau zu tragen haben. Dem Berufsrichter soll nicht die Verantwortung genommen, sie soll nicht einmal geschmälert werden. Das Volk, dessen Sprachrohr der moderne Richter ist, nicht Sprachrohr eines Staates, einer Doktrin, einer Partei oder einer das Rechtsleben

beherrschenden Kaste: dieses Volk muß die Bürde mittragen. Es gibt im demokratischen Staat neben der parlamentarischen Verantwortung in Staat und Gemeinde kein besseres Mittel zur rechtsstaatlichen Erziehung als dieses.

Der erfahrene Richter weiß nur zu gut, daß die Laienbesitzer die ersten Prüfsteine sind, die sein Votum passieren muß. Er weiß, daß Laienrichter nicht nur dazu da sind, eine Entscheidung zu erleichtern und nach der Stimmenzahl auszuhandeln, daß sie vielmehr retardierende Elemente aller routinierter Eile und eines zu raschem Durchpauken verleitenden Geschäftsstandes sind. Aber gerade das tut der richtigen Würdigung not.

Wir müssen insgesamt wieder lernen, daß Kontrollen in allen Stadien der Rechtsprechung und in allen Sparten des staatlichen Lebens notwendig sind. Haben wir doch erlebt, wozu die vermeintlich unbeschwertere „Staatsführung einer von Kontrollen und anderen Hemmnissen befreiten autoritären Spitze“ führt. — Der Richter, dem vor den Laien graut, weil sie seine Tätigkeit erschweren, ist ein schlechter Richter.

...ein paar Worte zum Wahlmodus: wichtig ist das Gremium, das wählt, und wichtig der Kreis, aus dem gewählt wird. Auch hier bestehen gegen die bloße Ausschöpfung des Früheren Bedenken. Die beste Lösung wäre, so scheint mir, die Wahl der Laienrichter — im Ehrenamt auf mindestens zwei oder drei Jahre — Kreisausschüssen, Gemeindeverbänden oder sonstwie benannten Organisationen der erweiterten Kommunalverwaltung zu überlassen. Bei etwas längerer Amtsdauer wäre auch ein unmittelbare Wahl in den Gemeinden selbst zu denken. Die Verwaltungsbürokratie jedenfalls sollte so weit als möglich bei der Auswahl ausgeschaltet sein. Die Mitsprache von Berufs- und Sozialverbänden, z. B. der Gewerkschaften, scheint mir mindestens dort erforderlich zu sein, wo es sich überwiegend um die Wahrung der sozialen Interessen handelt.

### Wieder Schöffengerichte

Baden-Baden, Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund einer Verfügung des Administrateur Général der französischen Militärregierung werden die Schöffengerichte in der französischen Zone wieder hergestellt.

Die Urliste ist alljährlich vom Bürgermeister jeder Gemeinde gemäß den vom Justizminister des Landes erteilten Anweisungen aufzustellen.

In die Urliste dürfen nur solche Personen aufgenommen werden, die nicht von der Eintragung in die Wählerliste ausgeschlossen sind.

Der im deutschen Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehene Ausschuss hat die dort vorgeschriebene Zusammensetzung. Der Justizminister bestimmt die zur Teilnahme an der Wahl berechtigten Organisationen; politische Parteien sind ausgeschlossen.



# Was gibt es auf Karten?

Freiburg. Für die dritte Zuteilungsperiode für April sind vorerst folgende Lebensmittelzuteilungen aufgeführt: Es erhalten demnach Brot Säuglinge von 0 bis 1 Jahr auf den Abschnitt 5 750 gr., Kinder von 1 bis 3 Jahren auf den Abschnitt 5 750 gr., Kinder von 3 bis 6 Jahren auf den Abschnitt 8 1000 gr., Jugendliche von 6 bis 10 Jahren auf den Abschnitt 8 1500 gr., Jugendliche von 10 bis 18 Jahren auf den Abschnitt 8 1500 gr., Erwachsene auf den Abschnitt 8 1500 gr., Schwerarbeiter, Gruppe I auf den Abschnitt 75 500 gr., Gruppe II auf die Abschnitte 175

## Mitteilungen der KP Freiburg

### Mitgliederversammlung

Samstag, 26. April, 19.30 Uhr, im Heimatsaal der „Harmonie“. Thema: Verfassung, Landtagswahl, Referent: Felix Genossen! Wir bitten um vollständiges Erscheinen. Mitglieder auswärts mitbringen! Bereits kontrollierte Mitgliedsbücher werden zurückgegeben.

500 gr. und 176 750 gr., Gruppe III auf die Abschnitte 275 bis 276 je 1000 gr. und auf den Abschnitt 277 250 gr., Gruppe IV auf die Abschnitte 375 bis 376 je 1000 gr. und auf den Abschnitt 377 500 gr., Mütter auf den Abschnitt 910 500 gr. Auf den Brotabschnitt Nr. 6 erhalten Säuglinge und Kinder von 1-3 Jahren 500 gr., alle übrigen Altersstufen von 3 Jahren an aufwärts erhalten auf den Abschnitt 9 der Lebensmittelkarte 1000 gr. Brot.

Es erhalten Fleisch: Säuglinge von 0 bis 1 Jahr auf den Abschnitt 9 100 gr., Kinder von 1 bis 3 Jahren auf den Abschnitt 9 100 gr., Kinder von 3 bis 6 Jahren auf die Abschnitte 15 und 21 je 50 gr., Jugendliche von 6 bis 10 Jahren auf die Abschnitte 15 und 21 je 50 gr., Jugendliche von 10 bis 18 Jahren auf die Abschnitte 21 und 23 je 50 gr., auf den Abschnitt 24 100 gr., Erwachsene auf die Abschnitte 16 bis 18 je 50 gr. und auf den Abschnitt 23 40 gr. Schwerarbeiter, Gruppe I auf den Abschnitten 67 50 gr., Gruppe II auf die Abschnitte 179 bis 181 je 50 gr., auf den Abschnitt 183 110 gr., Gruppe III auf die Abschnitte 279 bis 281 je 50 gr. und auf den Abschnitt 282 110 gr., Gruppe IV auf die Abschnitte 379 bis 381 je 50 gr., auf den Abschnitt 382 260 gr., Mütter auf den Abschnitt 912 60 gr.

Die Fettzuteilung für April soll voraussichtlich erst in der letzten Woche des Monats und zwar in Form von Butter und Öl zur Verteilung gelangen.

Kindernährmittel werden in den nächsten Tagen aufgeführt. Es erhalten dabei Säuglinge von 0 bis 1 Jahr auf die Abschnitte III und VII je 50 gr. und Kinder von 1 bis 3 Jahren auf die gleichen Abschnitte je 50 gr., Kinder von 3 bis 6 Jahren erhalten auf den Abschnitt 32 der Lebensmittelkarte 500 gr. Kindernährmittel.

## Es gibt Rauchwaren

Freiburg. Die Ausgabe der Rauchwaren für den Monat April erfolgt am Donnerstag, 24. April. Näheres ist aus den Anschlägen in den Tabakgeschäften ersichtlich.

# Sonderzuteilungen - konfessionell bedingt?

Es heißt, daß konfessionelles Tun und geistliches Streben zur Belohnung im Jenseits gebüchelt werden. In unserem Lande aber brauchen konfessionell gebundene Leute offenbar nicht bis zur Abrechnung im Jenseits zu warten, sondern erhalten eine Belohnung bereits im Diesseits. Denn: wie das Badische Staatskommissariat für Ernährung bekannt gibt, erhalten Erstkommunikanten und Konfirmanden bzw. deren Angehörige zwei Liter Wein, je eine Dose Obst und Gemüsekonserven und sechs Eier. Die katholischen und evangelischen Pfarrämter sind ermächtigt worden, die zu Bedenkenden zu benennen.

Wie es in der Verlautbarung heißt, sollen diese Zuteilungen auch Kinder anderer Konfession, die in diesem Jahre „ähnliche“ Feiern haben werden, zukommen.

Schön und gut; aber unwillkürlich drängt sich die Frage auf, wie jene Kinder daran sind, deren Eltern konfessionslos sind?

Eine Rückfrage beim Staatskommissariat wurde dahingehend beantwortet, daß dafür dem Staatskommissariat Vorschläge von seiten der interessierten Kreise gemacht werden müssen.

Da es unseres Wissens in Baden kaum Organisationen gibt, in denen Eltern konfessionsloser Kinder zusammengefaßt werden, dürfte es also zu einer derartigen Zuteilung an diese Kinder nicht kommen.

UNSER TAG schlägt deshalb vor, daß Eltern von Kindern der Altersklassen von Erstkommuni-

kanten und Konfirmanden, die ihre Kinder an solchen kirchlichen Feiern nicht teilnehmen lassen, sich zu Schulentlassungsfeiern u. dgl. zusammenfinden und über die Redaktion unserer Volkszeitung ihre Ansprüche auf eine Sonderzuteilung anmelden.

## Marienbad wieder in Betrieb

Die erfreuliche Tatsache der Wiederinbetriebnahme des Marienbades dürfte viele Freiburger Freunde des Schwimms und solche, die es werden wollen, interessieren.

Die Badezeiten für Männer sind: Dienstag, Mittwoch und Samstag von 9-13 Uhr, Donnerstag und Samstag von 15-20 Uhr, für Frauen: Dienstag 15-20 Uhr, Donnerstag und Freitag von 9-13 Uhr, für Familienbad: Mittwoch und Freitag von 15-20 Uhr, Sonntag von 9-13 Uhr. Jeden Montag bleibt das Bad ganztägig geschlossen.

## Vom Wirtschaftsamt

Zur reibungslosen Abfertigung bei der kommenden Ausgabe von Selbstausweiskarten, die in der Zeit zwischen 8 und 11 Uhr im Zimmer 36 des Wirtschaftsamtes in der Lessingstraße erfolgen soll, werden vorher noch Ordnungsnummern aufgeführt. Die Ausgabe der Selbstausweiskarten erfolgt gegen Vorlage des Haushaltspasses und des Haushaltsausweises.

# Parteiarbeiter-Konferenzen der KP

## 1. Wahlkreis: Ueberlingen—Stockach

In Ueberlingen referierte als Vertreter der Landesleitung Gen. Bittel über die Lage und die bevorstehende Wahl- und Verfassungskampagne. Es wurde die Kandidatenliste des Kreises aufgestellt, sowie ein Versammlungsplan angenommen, der dieses Mal auch die kleineren Gemeinden umfaßt.

## 2. Wahlkreis: Konstanz

Auf der Konferenz in Radolfzell referierte Gen. Goguel. Um die von genährter Seite gestreuten lägerischen Behauptungen entkräftigt zu können, wozu die kommunikativen Vertreter in den Stützpunktschweizerkreisen die Verantwortung für die anhaltenden Urteile gegenüber den Kleinen tragen würden, wurde die Veröffentlichung der partei-mäßigen Zusammenfassung der Entnazifizierungsausschüsse einstimmig gefordert. Die Konferenz stellte die Kandidatenliste für den Kreis auf und traf die notwendigen Vorbereitungen für die Wahlkampagne.

## 3. Wahlkreis: Donaueschingen—Neustadt

Die Parteiarbeiter trafen sich in Löffingen. Einzelne sprachen Gen. Wohlrath über die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahlen und Verfassungsbewegung. Dem Referat schloß sich eine rege Diskussion an. Entsprechend den demokratischen Prinzipien in der KP wurde durch gemeinsame Abstimmung die Wahlkreisliste aufgestellt. Nach Festlegung des Versammlungsplanes und des Arbeitsplanes der Parteiorganisation während der Wahl schloß die Konferenz mit einem gemeinsamen Lied.

## 9. Wahlkreis: Offenburg—Lahr

Hier referierte Gen. Büchse. (Siehe den Bericht auf S. 2.)

## 10. Wahlkreis: Wolfach—Villingen

Im Rathaus Hausach sprachen vor den Parteiarbeitern Gen. Gremminger vom Wolfacher Kreisvorstand und Gen.

Wohlrath von der Landesleitung über den Verfassungsentwurf und die politische Lage. In der sehr regen Diskussion kam vor allem die Mißbilligung der antisemitischen Kreise über die Art der Durchführung der politischen Säuberung zum Ausdruck. In der allgemeinen Ansprache wurde besonders die Notwendigkeit der Arbeitereinheit unterstrichen. In geheimer Abstimmung ist die Wahlkreisliste aufgestellt worden. Nach Festlegung von 10 Kreisreferenten und Diskussionsreferenten wurde in allgemeiner Versammlung ein organisatorischer notwendiger Maßnahmenbescheidungen. Mit dem Gesamtbescheid wurden die Kreisreferenten, zur Freiheit! schloß diese lebendige Arbeitskonferenz.

Die Literaturvertriebsstelle des Kreises hatte in vorbildlicher Weise eine reiche Schau antisemitischer Literatur ausgestellt. Diese von den Nazis verbrannten und nun wieder neu verlegten marxistischen Schriften werden das große Bedürfnis der Arbeiterkreise nach sozialistischer Bildung befriedigen helfen.

## An unsere Kandidaten

Sämtliche aufgestellten Kandidaten müssen eine Zustimmungserklärung und ihr Einverständnis zur Aufstellung auf der Bezirks- oder Landeswahlkarte an die Spitzenkandidaten des Wahlbezirks und an die Landesleitung schicken. Personen, die in der DAF oder NSV waren, müssen einen Rehabilitierungsantrag mit der Einreichung der Wahlbezirksvorschlagsliste einreichen. Ausgenommen davon sind diejenigen Kandidaten, die bei der Einreichung der Landtagsvorschlagslisten bereits einen Antrag eingereicht haben oder gewählte Kreisräte sind oder auf einer Kreisratliste aufgeführt waren und damit bereits rehabilitiert sind. Die Zustimmungserklärungen müssen bis spätestens 26. April in Freiburg und bei den Spitzenkandidaten der einzelnen Wahlbezirke ein. Sämtliche Kandidaten müssen eine Zustimmungserklärung an die Landesleitung und Spitzenkandidaten abgeben, damit keine Verzögerung in der Aufstellung des Landeswahlvorschlages entsteht.

23. April 1947 / UNSER TAG / Nr. 31 Seite 4

## Verordnung Nr. 87 betreffend den Volksentscheid über die Verfassung und die Wahl der Landtagsabgeordneten.

Der Général Commandant en Chef François en Allemagne erläßt auf Vorschlag des Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation nach Anhörung des Comité Juridique unter Bezugnahme auf Dekret vom 15. Juni 1945 über die Errichtung eines Commandement en Chef François en Allemagne, abgeändert durch Dekret vom 18. Oktober 1945, Verordnung Nr. 1 vom 28. Juli 1945 über Aufrechterhaltung der von Commandement Supreme Interalliié oder in seinem Namen erlassenen Verordnungen und Bestimmungen, Verordnung Nr. 44 vom 25. Mai 1946 über Aufstellung von Wählerlisten, Verordnung Nr. 49 vom 5. August 1946, betreffend Wahlverfahren und Wahl-einheit sowie Gesetzmäßigkeit und Wahrhaftigkeit der Abstammung, Verordnung Nr. 65, 66, 67 vom 8. Oktober 1946 über Bildung einer Beratenden Versammlung für Baden, Württemberg und Rheinland-Pfalz folgende Verordnungen:

Artikel 1: Die Wählerschaft der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg wird aufgerufen, sich in geheimer Abstimmung am 18. Mai 1947 über die Annahme der Verfassung, welche durch die vorläufige Regierung im Einverständnis mit der Beratenden Versammlung eines jeden Landes aufgestellt wurde, zu entscheiden. — Die Stimmenabgabe hat durch ja oder nein zu erfolgen. Die Verfassung ist angenommen, wenn die Mehrheit mit ja gestimmt hat.

Artikel 2: Am gleichen Tage werden in allgemeiner geheimer Wahl die Mitglieder des Landtages, wie dies im Verfassungsentwurf eines jeden der in Artikel 1 aufgeführten Länder vorgesehen ist, gewählt.

Artikel 3: Im Falle der Ablehnung der Verfassung erhält der nach Artikel 2 gewählte Landtag den Auftrag, im Einverständnis mit der vorläufigen Regierung einen neuen Verfassungsentwurf vorzubereiten. Seine Befugnisse sind in den Verordnungen Nr. 65, 66 und 67 vom 8. Oktober 1946 genau festgelegt. Die Dauer seines Mandats wird auf 6 Monate bestimmt.

Artikel 4: Die vorstehende Verordnung wird im Journal Officiel des französischen Oberkommandos in Deutschland veröffentlicht und als Gesetz in der französischen Besatzungszone durchgeführt.

Baden-Baden, den 16. April 1947.  
Le Général d'Armée KOENIG, Commandant en Chef François en Allemagne.

## Amerikanische Lebensmittelspende — Quäker-Spende

Von Mittwoch, den 23. April bis einschl. Dienstag, den 29. April 1947 gelangt eine Lebensmittelspende (Quäker-Spende) zur Verteilung und zwar für die werdenden und stillenden Mütter und für die Kinder von 0-3 Jahren.

Es sind vorzulegen die vom Ernährungsamt Freiburg-Stadt für den Monat April 1947 ausgegebenen Lebensmittelspende Zusatzkarte für werdende und stillende Mütter, Säuglingskarte, Sonderabschnitt 21 für Kinder von 0-1 Jahr, Karte 1 Sonderabschnitt 21 für Kinder von 1-3 Jahren und der Haushaltsausweise. Viererlei Verpackungsmaterial ist mitzubringen. Die Ausgabe erfolgt täglich von Mittwoch, den 23. April bis einschl. Dienstag, den 29. April 1947, von 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr und 14. Uhr bis 16.30 Uhr, in den nachfolgenden Verteilungstellen: Mittwoch, 23. April: Nollersplatz, Gasthaus zum Kandelhof, Nebenzimmer (Eingang Kandelstr. 27). Donnerstag, 24. April: Zähringer Gasthaus z. Bären, Zähringer Str. Donnerstag, 24. April: Ställinger: Lademerkmal Firma Engesser, Klarstr. 73. Weststadt: Moorwäldchen, Betzenhausen, sowie Vorort Lehen-Schulhaus Betzenhausen, Hofackerstr. Freitag, 25. April: Innenstadt, Ober- und Unterstadt: Wirtschaft zum „Kleinen Meyerhof“, Eingang Turmstr. 25. Herdern: Wirtschaft zur Eichhalde, Stadstr. 91. Samstag, 26. April: von 9.30 Uhr bis 12 Uhr: Littenweiler, sowie Vorort Ebneth: Schulhaus Littenweiler, Güntertal, Gasthof zum Kyffeln, Schulhauslandstr. 49. Merzhausen: Rathaus, Montag, 28. April, Unterwies: Wirtschaft zum Tram, Turmstr. 70. Mittel- und Oberwies: Wirtschaft zum Strohwalde, Dreikönigstr. 47 (Nebenzimmer). Dienstag, 29. April: Haslach: Gasthof zum Hirschen, Gutentstr. 1. Dienstag, 29. April: St. Georgen: Gasthof zur Linde, Basler Landstr. 49. Nachzügler finden keine Berücksichtigung. (32-329)

Freiburg i. Br., Rempartstr. 11. Arbeitsgemeinschaft Freiburger Nothilfe.

## Kartoffellandverpachtung

Am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 14 Uhr, findet im Riesefeld (Zusammenkunft beim sog. Neulind) die diesjährige Kartoffellandverpachtung gegen Barzahlung statt. Die verfügbare Gesamtfläche und Anzahl ist etwa dieselbe wie im Vorjahr, so daß Neue Pächterhaber nur soweit berücksichtigt werden können, als letzjährige ausscheiden. (32-951) Rieseldirektion.

## Arbeit und Fortschritt

### Generalversammlung des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften

Freiburg. In der Generalversammlung des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften, an der rund 90 Vorstandsmitglieder und Delegierte der angeschlossenen 14 Gewerkschaften teilnahmen, erstattete zuerst der Vorsitzende Kappes den Geschäftsbericht über die Zeit seit der Wiedergründung der Gewerkschaften. Der Gründungsversammlung der Gewerkschaft der Fabrikarbeiter am 29. November 1945 folgten die Gründungen der übrigen heute bestehenden Gewerkschaften. Als im April 1946 die Bildung von Ortsausschüssen ermöglicht wurde, zählte der Ortsausschuß Freiburg bei seiner Gründung schon über 3000 Mitglieder; diese Zahl ist inzwischen auf über 10 000 angestiegen. Die Gründung der Landesvereinigungen der Berufsgewerkschaften ging nach der im Juni 1946 nach Offenburg einberufenen Zusammenkunft der badischen Gewerkschaften vom Ortsausschuß Freiburg aus, und zum Jahreschluß 1946 wurde nach der Bildung des Badischen Gewerkschaftsbundes diesem der weitere Ausbau der Gewerkschaften übertragen.

Besondere Erwähnung fand auch die eindrucksvolle Feier des 1. Mai 1946, die zum ersten Mal nach 1933 eine freie öffentliche Massenkonzeption brachte. Die Entscheidung von über 100 Kollegen in die verschiedensten Kommissionen und Ausschüsse zeigen den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Die Vorbereitung und die Durchführung der Betriebsratwahlen war eine weitere Aufgabe, ebenso die Schulung der gewählten Betriebsräte. Die sich ständig steigernde Inanspruchnahme der Rechtsauskunftsstelle des Ortsausschusses zeigt die Wichtigkeit dieser Einrichtung. Der im November 1945 in Freiburg stattgefundenen Besuch des Generalsekretärs des französischen Gewerkschaftsbundes, Johaux, brachte den ersten Kontakt mit der Gewerkschaftsbewegung der übrigen Welt, dem dann Aussprachen mit Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes in Baden-Baden und des interalliierten Kontrollrates, sowie mit der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes folgten. Die Gewerkschaftszeitung „Der Badische Gewerkschaftler“ hat zur Zeit eine Auflage von annähernd 60 000 Exemplaren.

Das Programm der Mafelzer sieht eine künstlerische Vorfeier am 30. April vor, der am 1. Mai ein großer Umzug mit anschließender Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus folgen wird. Am Nachmittag wird ein Fußballtreffen zwischen dem Allgemeinen Sportverein und dem VfL Freiburg stattfinden. Vorher wird ein Treffen zwischen zwei französischen Mannschaften durchgeführt.

Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde einstimmig angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Kappes, Stellvertreter Koll. Faulhaber, Kassierer Koll. Knobel. Nach dem Statut muß im Vorstand jede der angeschlossenen 14 Gewerkschaften vertreten sein. Die von ihnen gemachten Vorschläge wurden einstimmig von der Generalversammlung gebilligt.

Verantwortlich für den Geschäftsbericht: Hans Adam Feiler, Obmann.

## Bausperre

Mit Genehmigung des Bad. Ministeriums des Innern wird hiermit gemäß § 3 der Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren vom 29. 10. 1936 eine Bausperre für die nachgenannten Stadtgebiete angeordnet:

1. Altstadt, umgrenzt von der Sedan-, Löwen-, Grünwälderstr., Augustinerplatz, Augustinergasse, Kaufhausgasse, Südseite des Münsterplatzes, Prütznerstr., Schloßbergstr., Winterstr., bis Lindwilerstr., Ludwigstr., Stadtr. bis zum alten Friedhof, Südseite des alten Friedhofs, Deutscherdenstr., Habsburgerstr., von der Deutzhofstr. bis Albertstr., Albertstr. bis zur Unterführung, Unterführung, Vauhanstr. bis Sedanstr., 2. Stadtteil Stühlinger, umgrenzt von der Marstr., Wenzingerstr. bis zur Dreism., entlang der Dreism. — von der Wenzinger- bis zur Klarstr., — Klarstr. — Ostseite — bis zur Wannerstr., Wannerstr., Nordseite — bis zur Stützstr., — von der Stützstr. in nördlicher Richtung bis zur Lehenstr., Hejarstr., Robert-Koch-Str., Hugstetterstr., Mathildenstr. bis zur Unterführung, 3. Stadtteil Betzenhausen, entlang der Lehenstr., — beiderseits — von Haus Nr. 362 bis zur Genarkungsgrenze von Lehen-, Hofackerstr., beiderseits — von Haus Nr. 92 und 93 bis zur Lehenstr., — und Dietenbachstr., beiderseits — von der Lehenstr. bis zur Kirche. — Der Plan über dieses Sperrgebiet liegt beim Stadt. Bauamt, im Afd.-hausstr. 4, zur Einsicht auf. In besonders gelagerten einzelnen Fällen können unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von dieser Bausperre zugelassen werden. Diese Bausperre tritt mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in Kraft und hat eine Gültigkeit von 3 Jahren.

Freiburg i. Br., den 28. März 1947. (32-910)

## Betr. Stellenbesetzung des Kreisbeauftragten für Jugendbildung

Im Landkreis Wolfach ist die Stelle eines Kreisbeauftragten für Jugendbildung und Jug. abwegung zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach TOA. Bewerbungen geeigneter Kräfte, dies über entsprechende Erfahrung in Jugendführung verfügen, sind unter Anschluß eines Lebenslaufes, eines politischen Fragebogens in 3 facher Fertigung, eines Leumundzeugnisses und möglichst eines Entschlusses im politischen Reinigungsverfahren an den Landrat in Wolfach einzureichen. (32-919) Der Landrat.

## Freiburger Veranstaltungen

### Harmone-Lichtspiele

Nur noch bis mit Donnerstag! Versprechen an die Unbekannte Ein spannender Kriminalfilm mit Charles Vanel, Madeleine Robinson - Jugendfrei! - Ab Freitag: Der Postmeister! Nach der gleichn. Novelle von A.S. Puschkin mit Heinrich George, Hilde Kralh, Siegfried Breuer, Margit Symo u. a. - Jugendverbot! Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 Uhr. Vorverkauf tägl. von 10-12 Uhr

### Casino-Lichtspiele

Bis einsch. Donnerstag, 24. 4. Ein spannender, heiterer Kriminalfilm: Das Geheimnis im Hinterhaus (Derrière la Facade) mit Lucien Baroux, Jule Berry, André Lefau, Gaby Morlay, Elvire Popesco. - Neue frz. Wochenschau. Jugendfrei ab 14 Jahren. - Ab Freitag, 25. April: Monika! Eine Mutter kämpft um ihr Kind. Darsteller: Maria Andergast, Ivan Petrovich, Carmen Lehmann, Th. Loos, R. Platte, J. Serda. - Neue frz. Wochenschau. Jugendfrei! - Anfangszeit: Montag 14, 16.30, 18.45 und 21 Uhr; Dienstag bis einsch. Samstag 14 u. 16.30 Uhr; Sonntag 10 und 12 Uhr. - Achtung! Ab Freitag, 25. April beginnt die erste Nachmittagsvorstellung um 14.15 Uhr. (C-19)

### Friedrichsbau-L'spiele

Bis einsch. Donnerstag, 24. 4. 47 Der gewaltige Abenteuerfilm Aufruf in Asien (Tempête sur l'Asie) mit deutschen Untertiteln. Darsteller: Conrad Veidt, Sessue Hayakawa, Madeleine Robinson, Roger Duchesne. - Ab Freitag, 25. 4. 47 der große spannende Zirkusfilm Manage mit Attila Hörbiger, Anneliese Uhlig, Albert Matterstock. - Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr, Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. - Vorverkauf an den Spieltagen 10-12 Uhr und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. (F-32)

### Union-Theater

Nur noch bis mit Donnerstag! Drei tolle Mädels. Die reizende Geschichte dreier Wiener Mädels mit Carola Höhn, Grete Weiser, Else v. Möllendorf, Johannes Riemann, Paul Hörbiger. Jugendfrei! Ab Freitag: Sophienlund. Eine feinsinnige Filmkomödie. Regie: Heinz Rühmann mit Käthe Haack, Harry Liedtke, Hannelore Schroth. Jugendfrei! - Täglich 14.30, 17, 19.30 Uhr. - Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (U-28)

## Suchdienst

30 075 u. 59 309. Uffz. K. Fackler, zul. in Bobruisk, Mittelschnitt (Rußl.). Um Nachricht bitte Frau Anna Fackler, Heidelberg-Pfaffengrund, Kranichweg 14. (Cn-1)

## Vermietungen

Schönes teilmöbl. Zimmer ohne Bett mit Badbenützung an berufstätigen Herrn in der Oberwies zu vermieten. Zuschr. u. Nr. 20-356 an die Geschäftsstelle UNSER TAG Freiburg (Brosch.). Schwabenstr. 1.

## Vertretungen

Handelsvertreter und Werbefachleute finden als Bezirks- und Generalvertreter am heiligen Platz bei großer Wirtschaftsorganisation gute Positionen u. Entwicklungsmöglichkeiten zum Geschäftsführer. Bewerbung an: Arbeitsring der Vermittlungskarte, Zentralverw. München 19, Gernerstr. 7. (Rh-2)

## Kauf - Verkauf

Küchenbüfett zu kaufen gesucht. Gebe H.-Schafstiefel Gr. 44 in Zahlung. Zuschr. unter 32-878 UNSER TAG Offbg., Postf. 361.

## Gebr. Tafelklavier, gut erhalten, eegen Akkordeon, 80 Bässe mit Register, zu tauschen. Zuschr. unt. 32-948 UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

## Heiraten

Einem tücht. Fachmann bis zu 50 Jahren ist Ehefrau in Elektro- u. Radgeschäft gef. Bes. ist Kriegerw. 40 J., mit 3 Kindern im Alter von 8 bis 13 J., hübsche Erscheinung, dunkelbl. besitzt eig. Haus u. ist verm. Zuschr. mit Lichtbild unt. 1300 an Verm.-Büro OVERANDO, Offbg., Schließf. 373. (OV-23)

## Briefmarken

Briefmarkenpreisliste von Sammler kos/en/os, Geßmann, Berlin 55, Postfach 4. (He-2)

## Versteigerung vom 29. 5. bis 2. 6. 47 im Lutherbau (Festsaal) Eßlingen a. N., Adlerstraße 3. Auf Grund der Einlieferung eines erlesene Auswahl seltener Stücke aus aller Welt. Sammlerurteil: die Auktionen für den ernsthaften Sammler. Interessenten steht Katalog Ende April zur Verfügung. Veranstalter: Eßlinger-Briefmarken-Börse M. Levak, beh. zug. Briefmarken-vorsteig., Eßlingen a. N., Pilgensastraße 33. (Ra-1)

## Geschäftsanzeigen

Ab Montag, den 21. April, befinden sich meine Geschäftsräume wieder Bertholdstraße 15 (Eingang Universitätstr.). Carl Rückert, Musikhaus (O-9)

## Radio-Lauber Ihr Funkberater!

Neue Geschäftszeit: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, jeweils 8-12. 2-6. Samstag 8-13. Mittwoch geschlossen. (O-89)

## Wer liefert laufend Schatullen in allen Größen und in größeren Mengen, roh, geschmitten und bemalt? Offerten unter LB 5502 Anz.-Mittl. Bleibdrey (14a) Nordheim/Württ. (Bl-7)

Tummelstempel und Emalschilder liefert Halancy, Ravensburg, Richthofenstr. 14. (Ra-1)

## Entlaufen

Entlaufen 4 Schafe. Wiederbringer erhält angemessene Belohnung Köhler, Gretherhof, Kr. Lörrach.